

Pro-Referat zur Volksinitiative „Für den Schutz vor Waffengewalt“

Danny Schlumpf

In einem Monat stimmen wir ab über die Volksinitiative „Schutz vor Waffengewalt“. Ich bin kein Linker. Und: Ich stehe voll hinter dieser Initiative. Das ist kein Widerspruch.

Was will die Initiative?

Sie fordert:

1. einen **Bedarfs- und Fähigkeitsnachweis** für den privaten Waffenbesitz.
2. sollen Armeeinghörige ihre Waffen nicht mehr nach Hause nehmen. Die Waffen werden in gesicherten Räumen der Armee gelagert. Und abtretenden Dienstpflichtigen werden keine Waffen mehr abgegeben.
3. verlangt die Initiative die Einführung eines geamtschweizerischen Waffenregisters.
4. sollen besonders gefährliche Waffen wie Pump-Guns verboten werden.
5. soll der Bund ermächtigt werden, überschüssige Waffen einzusammeln und sich auf internationaler Ebene für eine Kontrolle von Kleinwaffen einzusetzen.

Ich gehe im Folgenden nicht einfach Punkt 1 bis 5 durch und erläutere detaillierte Überlegungen dazu, sondern stelle Ihnen zentrale Motive und Begründungen der Initiative vor.

1. In der Schweiz gilt das **Gewaltmonopol des Staates** – und das ist richtig so. Für unseren Schutz sind die zuständigen Behörden verantwortlich. Es ist deshalb nicht einsichtig, weshalb es in unserem Land ohne grossen Aufwand und ohne konkrete Begründung möglich ist, sich privat eine Waffe anzuschaffen.

Damit wird der Schutz der Bevölkerung nicht verbessert, im Gegenteil. Oft werden Waffen bei Einbrüchen gestohlen und viel zu oft werden sie nicht gegen Einbrecher, sondern gegen sich selbst oder Familienangehörige eingesetzt. Womit ich zum zweiten Punkt komme.

2. Die meisten Tötungen mit Schusswaffen passieren in den eigenen vier Wänden: Es handelt sich um **Beziehungsdelikte und Suizide**. Das Gegenmittel liegt auf der Hand: Privater Schusswaffenbesitz muss drastisch eingeschränkt werden. Ich zitiere aus der Botschaft des Bundesrates zur Waffenschutzinitiative: *„Es ist davon auszugehen, dass eine Reduzierung von Feuerwaffen sich positiv auf die Eindämmung und Prävention häuslicher Gewalt auswirken würde.“* Der Bundesrat geht, was die Eindämmung und Prävention häuslicher Gewalt anbelangt, also vollkommen einig mit den Initianten der Waffenschutz-Initiative.

Wie steht es mit der Eindämmung von Suiziden mit Schusswaffen? Immerhin haben wir eine dreimal höhere Schusswaffen-Suizidrate als der EU-Durchschnitt. – Ich zitiere noch einmal aus

der Botschaft des Bundesrates: „*Es ist unbestritten, dass mit einer Reduktion der Verfügbarkeit von Feuerwaffen die Gesamtsuizidrate gesenkt werden kann.*“

Nun kann man sich fragen, ob denn Beziehungsdelikte und Suizide nicht einfach mit anderen Waffen, z.B. mit dem Küchenmesser oder dem Hammer, begangen werden, wenn keine Schusswaffe zur Hand ist. Auch dazu äussert sich der Bundesrat in seiner Botschaft. Ich zitiere daraus noch ein letztes Mal: „*Technisch und psychisch sind solche Taten mit anderen Tatmitteln viel schwieriger zu vollbringen.*“

Ich bin dem Bundesrat für diese deutlichen Statements sehr dankbar. Es stellt sich allerdings die Frage, weshalb er dann nicht der Initiative zustimmt oder einen Gegenentwurf präsentiert.

Ich komme zum dritten Punkt meiner Ausführungen.

3. Es sind nicht nur Suizide und Beziehungsdelikte, bei denen die Schusswaffe eine Rolle spielt. Ich erinnere an Peter Kneubühl, der vor noch nicht langer Zeit in Biel auf Polizisten schoss, ausgestattet mit einem beachtlichen Waffenarsenal. Das ist nur ein prominentes Beispiel. – Sämtliche Kriminaluntersuchungen der letzten Jahre verzeichnen eine steigende Gewaltbereitschaft, im öffentlichen ebenso wie im privaten Raum. Waffenbesitz sollte deshalb nicht die Regel, sondern die Ausnahme sein.

Darum ist der **Bedarfs- und Fähigkeitsausweis** richtig. Ohne einen ausgewiesenen beruflichen (wie bei der Polizei), sportlichen (wie bei den Schützen) oder anders begründeten Bedarf (wie bei den Jägern) gibt es keine Waffe mehr. Der Bedarfs- und Fähigkeitsausweis ermöglicht eine klare Beschränkung des Waffenbesitzes auf dazu berechnete und dafür ausgebildete Personen

4. Die Initiative strebt nicht nur eine bessere Kontrolle privat erworbener Waffen an. Sie will auch die deutlich grössere Zahl von **Armeewaffen**, die im Umlauf sind, stark beschränken. Ca. 1, 7 Millionen der rund 2, 3 Millionen Schusswaffen in der Schweiz sind Armeewaffen. Es ist ein Mythos, dass die Armeeangehörigen allesamt verantwortungsvoll mit ihrer Waffe umgehen. Der Rekrut, der am selben Tag, als er im Herbst 2007 aus der RS entlassen wurde und in Zürich-Höngg eine ihm unbekannt junge Frau völlig sinnlos mit dem Sturmgewehr hingerichtet hat, ist nur ein prominentes Beispiel.

Nun könnte man sagen: Heute wird ja gar keine Munition mehr abgegeben! – Ja, aber: Jeder Soldat weiss, wie leicht es ist, an Munition zu kommen.

Man könnte auch sagen: Heute können die Armeeangehörigen freiwillig die Waffe abgeben! – Ja, aber: Genau diejenigen, die sie freiwillig abgeben, würden sie auch zu Hause korrekt verstauen. Sie nehmen ja bewusst einen Mehraufwand in Kauf, weil sie um die Gefahren wissen. Und auch der Grossteil derer, die die Waffe nicht abgeben, bewahrt sie sorgfältig auf und geht verantwortungsvoll mit ihr um. Es bleibt aber der kleine Rest, der nicht verantwortungsvoll mit der Waffe umgehen kann. – Um diesen kleinen Rest geht es aber genau. Deshalb ist die Forderung, die Waffe im Zeughaus zu lassen, kein Misstrauensvotum gegen den „mündigen Bürger“, wie es immer wieder heisst. Sie zielt allein auf die paar wenigen, die mit der Waffe Schaden anrichten können.

5. Es gibt Schützen, Jäger und Sammler, die glauben, dass sich die Initiative gegen sie richte. Das ist Quatsch, meine Damen und Herren. Besonders geschützt werden die Schützen. Sie dürfen nämlich weiterhin ihre Waffe aus dem Militärdienst nach Hause nehmen. Und sie dürfen sie nach Ende der Dienstpflicht auch weiterhin behalten.

Aber wir brauchen die Armeewaffe zuhause. Es geht um das Obligatorische! Der langjährige Generalsekretär des Militärdepartements, Hans-Ulrich Ernst, sagt dazu: „*Man sollte nicht etwas*

fortsetzen, nur weil wir es jahrzehntlang gemacht haben. Das ausserdienstliche Schiesswesen hat seinen militärischen Sinn verloren. Wir müssen die Armee entmythologisieren.“ Ich stimme Hans-Ulrich Ernst zu.

Nun könnte man sagen: Ja, und? Es geht darum die Schützenvereine zu retten. Ohne das Obligatorische können sie nicht überleben! – Abgesehen davon, dass das nicht stimmt, halte ich diese Argumentation für sehr gefährlich. Sie läuft nämlich auf folgendes hinaus: Damit wir die Schützenvereine am Leben erhalten können, braucht es das Obligatorische. – Damit das Obligatorische stattfinden kann, braucht es die Armeewaffe zu Hause. Und wenn damit halt das eine oder andere Menschenleben riskiert werden muss: tant pis... Solches ist mit weder mit dem Gedankengut der Schützen noch mit demjenigen der BDP vereinbar. Ich bin gerne bereit, die Schützenvereine finanziell zu unterstützen. Sie sind ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Kultur. Aber kein Schütze wird ernstlich bereit sei, ein Menschenleben zu riskieren, um das Überleben seines Vereins zu sichern.

Das Initiativkomitee rechnet mit jährlich 300 Schusswaffen-Toten. Es wird Zeit, dafür zu sorgen, dass diese Zahl drastisch sinkt. Liebe BDPLerinnen und BDPLer: Helfen Sie mit, ein Zeichen zu setzen. Werfen sie parteipolitische Überlegungen für einmal über Bord. Es ist völlig irrelevant, aus welcher Ecke die Initiative kommt. Schauen sie nicht nach rechts oder links. Es geht um die Sache. Und die Sache ist wichtig. Es geht um Menschenleben – um 300 Menschenleben im Jahr.

Seien wir heute Morgen mutig: Sagen wir Ja zu dieser Initiative! Wenn wir das tun, heisst das noch lange nicht, dass das Herz der BDP links-aussen schlägt. Mit einem Ja zu dieser Initiative zeigen wir vielmehr: Die BDP hat das Herz auf dem rechten Fleck...